

Es wird festgestellt, dass die Mitglieder des Rates der Gemeinde Havixbeck zu der heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen worden waren. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Gromöller sind folgende Ratsmitglieder anwesend:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Klaus Gromöller

Ratsmitglieder

Herr Christian Albrecht
Frau Elisabeth Annas
Herr Wilfried Brüggemann
Herr Dirk Eikmeyer
Herr Fred Eilers
Herr Frank Fohrmann
Herr Hans-Gerd Hense
Herr Dr. Friedhelm Höfener
Frau Elke Hoffmann
Herr Friedbernd Krotoszynski
Herr Ludger Messing
Herr Elmar Mühlenbeck
Herr Heribert Overs
Herr Dirk Postruschnik
Frau Margarete Schäpers
Herr Hubertus Spüntrup
Frau Gerda Steinhausen
Herr Uwe Tchorz
Frau Mechthild Volpert-Bertling
Herr Thomas Wardenga
Herr Thorsten Webering
Frau Gisela Weitkamp
Herr Matthias Wesselmann

Protokollführerin

Iris Schmidt

von der Verwaltung

Frau Monika Böse
Herr Dirk Wientges
Herr Stefan Wilke

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder

Frau Sabine Bäumlner-Öz Kent
Herr Joachim von Schönfels

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:34 Uhr

Zurzeit befinden sich 24 stimmberechtigte Personen (mit BM) im Sitzungssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Gromöller die anwesenden Mitglieder, die Presse und die anwesenden Bürger*innen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- 1 Beschlussfassung über Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Ratssitzung
- 3 Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 18 GeschO
- 4 Bekanntgaben des Bürgermeisters
 - 4.1 Bekanntgabe einer Anregung gem. § 24 GO
 - 4.2 Öffentlichkeitsveranstaltung mit dem Lippeverband
 - 4.3 Antrag auf Aufnahme eines Grundstücks in das Änderungsgebiet der 6. Änderung zur 1. förmlichen Änderung des Bebauungsplanes Am Friedhof/Sportplatz
 - 4.4 Schirmherrschaft "Blütenpracht am Wegesrand"
- 5 Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 1 GeschO
- 6 Neu- und Umbesetzung des Wahlausschusses
Vorlage: VO/049/2019
- 7 Umbesetzung der Ausschüsse des Rates der Gemeinde Havixbeck
Vorlage: VO/073/2019
- 8 Nachbesetzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Schule und Sport
Vorlage: VO/071/2019
- 9 Benennung einer sachverständigen Bürgerin für Denkmalpflege gem. § 23 DSchG NW
Vorlage: VO/066/2019
- 10 Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands
Vorlage: VO/056/2019

- 11 Errichtung einer Stelle Klimaschutzmanager*in (0,5 VZÄ)
Vorlage: VO/057/2019
- 11.1 Änderung des Stellenplans 2019
Vorlage: VO/074/2019
- 12 Ergebnis der Auslegung des Planes zur 4. Änderung des Bebauungsplanes
"Beekenkamp" der Gemeinde Havixbeck
Vorlage: VO/051/2019
- 13 Ergebnis der Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
"Kleibrink/Gennericher Weg"
Vorlage: VO/054/2019
- 14 3. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Hohenholter Straße III"
Vorlage: VO/050/2019
- 15 8. Änderung des Bebauungsplanes "Flothfeld VII" der Gemeinde Havixbeck
Vorlage: VO/053/2019
- 16 6. Änderung des Bebauungsplanes "Gennerich II" der Gemeinde Havixbeck
Vorlage: VO/055/2019
- 17 Aufstellungsbeschlüsse für den Bebauungsplan "Gewerbegebiet Südlich Schützenstraße" sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren und Beschluss über die vorgezogene Bürger und Behördenbeteiligung
Vorlage: VO/065/2019
- 17.1 Aussprache gemäß SPD-Antrag - Wohnungsbedarf im Münsterland; Pestel-Studie
- 18 Änderung des Brandschutzbedarfsplanes der Gemeinde Havixbeck
Vorlage: VO/061/2019
- 19 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.02.2019 zur Vermeidung der Verwendung von Plastikprodukten (plastikarmes Havixbeck)
Vorlage: VO/062/2019
- 20 Mittelfreigabe für ein Konzept zur Weihnachtsbeleuchtung des Ortskerns
Vorlage: VO/067/2019
- 21 Neuregelung der Zuschüsse für Vereine, Verbände und sonstige Organisationen
Vorlage: VO/059/2019
- 22 Sicherung des dauerhaften Fortbestandes des Marketing-Vereins e.V. Havixbeck durch Gewährung eines jährlichen Gemeindezuschusses
Vorlage: VO/068/2019
- 23 Schaffung einer Stelle für einen Bundesfreiwilligen (Bufdi) an der Anne-Frank-Gesamtschule
Vorlage: VO/069/2019
- 24 Freigabe eines Planungsbudgets für die Entwicklung des Baumberger Sand-

steinmuseums

Vorlage: VO/072/2019

- 25 Erteilung einer Beschlussvollmacht für den Haupt- und Finanzausschuss in einer Sondersitzung am 04.09.2019 zur Vergabe von Planungsleistungen zur Erweiterung der Anne Frank Gesamtschule
Vorlage: VO/058/2019
- 26 Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Dialogforum - Rat trifft Verwaltung
Vorlage: VO/060/2019
- 27 Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 2 GeschO
 - 27.1 Herr Dr. Höfener - Müllbehälter bei Edeka
 - 27.2 Frau Schäpers - Verkehrssituation
 - 27.3 Herr Spüntrup - LOV Förderrichtlinien
 - 27.4 Herr Hense - Ratsbürgerentscheid
 - 27.5 Herr Hense - Digitalisierung der Verwaltung
 - 27.6 Herr Wesselmann - Ortsumgehung Münster
 - 27.7 Frau Volpert-Berling - Pflegezustand des Friedhofs
 - 27.8 Herr Albrecht - Endabnahme Glasfaser
 - 27.9 Herr Krotoszynski - Gewährleistung Glasfaser

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Beschlussfassung über Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung

Wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt, wird von Seiten der Verwaltung beantragt, die Vorlage VO/074/2019, „Änderung des Stellenplans 2019“ mit auf die Tagesordnung zu nehmen und unter **11.1** zu behandeln.

Keine Einwände

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die Beratung des **TOP 17** (Flächennutzungs- und Bebauungsplan Gewerbegebiet Schützenstraße Süd) von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und die weitere Beratung erst nach den Sommerferien vorzunehmen. Die Zwischenzeit soll genutzt werden, die notwendigen Flächenbedarfe für das Regenrückhaltebecken mit den zuständigen Behörden weiter feinabzustimmen, den Umfang der notwendigen Artenschutzprüfung mit dem Kreis Coesfeld zu klären und den Entwurf auf der Grundlage des Beratungsergebnisses aus dem Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung zu überarbeiten. Die Zurückstellung führt nicht zu wesentlichen Zeitverzögerungen, weil die in den nächsten Wochen gewonnenen weiteren Kenntnisse bei der weiteren Bearbeitung des Verfahrens unmittelbar mit einbezogen werden können.

Keine Einwände (abgesetzt ohne förmliche Abstimmung)

Des Weiteren liegt ein Brief der SPD-Fraktion vom 02.07.2019 vor zum Thema Wohnungsbedarf im Münsterland bzw. in Havixbeck und wir möchten dem Wunsch nach einer kurzen Aussprache gern nachkommen und beantragen daher, diesen Punkt unter **17.1** auf die Tagesordnung zu nehmen.

Keine Einwände

TOP 2

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Ratssitzung

Einwendungen gegen die Fassung des öffentlichen Teils der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 14.03.2019 liegen nicht vor.

TOP 3

Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 18 GeschO

Anfragen liegen nicht vor.

TOP 4

Bekanntgaben des Bürgermeisters

Bürgermeister Gromöller berichtet wie folgt:

TOP 4.1

Bekanntgabe einer Anregung gem. § 24 GO

Es liegt die Anregung eines Bürgers gem. § 24 GO NRW per Mail vom 17.03.19 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

der Radweg zum Bahnhof entlang der L 550, der von vielen Pendlern täglich genutzt wird, ist in sehr schlechtem Zustand. Die zuständige Behörde in Coesfeld hat für die Erneuerung dieses Radweges Mittel beim zuständigen Ministerium in Düsseldorf beantragt. Ob dieses Projekt in 2020 gefördert wird, ist aber nicht sicher.

Deshalb rege ich mit Bezug auf § 24 GO NRW an, „unsere“ Landtagsabgeordneten zu bitten, sich für eine Förderung in 2020 einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen“

Die Anregung wird hiermit bekannt gegeben und gemäß § 24 GO NRW und unserer ZustO auf den Haupt- und Finanzausschuss übertragen.

TOP 4.2

Öffentlichkeitsveranstaltung mit dem Lippeverband

Die Öffentlichkeitsveranstaltung mit dem Lippeverband hinsichtlich einer eventuellen Übertragung des Kanalnetzes ist zunächst für den 11.09.19 **oder** den 26.09.19 im Forum der Anne-Frank-Gesamtschule geplant. Der Beginn ist jeweils für 18:00 Uhr vorgesehen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Öffentlichkeitsveranstaltung mit dem Lippeverband hinsichtlich einer eventuellen Übertragung des Kanalnetzes findet am 26.09.2019 im Forum der Anne-Frank-Gesamtschule statt. Beginn ist 18:00 Uhr.

TOP 4.3

Antrag auf Aufnahme eines Grundstücks in das Änderungsgebiet der 6. Änderung zur 1. förmlichen Änderung des Bebauungsplanes Am Friedhof/Sportplatz

Es liegt ein Antrag auf Aufnahme eines Grundstücks in das Änderungsgebiet der 6. Änderung zur 1. förmlichen Änderung des Bebauungsplanes Am Friedhof/Sportplatz vor. (Als **Anlage 1** zum Protokoll im Ratsinformationssystem – nur online – eingestellt.)

Der Antrag wird dem Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung und dem Gemeinderat zur weiteren Beratung zugewiesen.

TOP 4.4

Schirmherrschaft "Blütenpracht am Wegesrand"

Seit inzwischen drei Jahren säen unsere Landwirte im Kreis Coesfeld an den Feldrändern das Saatgut für das Projekt „Blütenpracht am Wegesrand“ aus.

Unter Beteiligung von örtlichen Landwirten und u.a. des Bundestagsabgeordneten Johannes Röring, Präsident des Westfälisch-Lippischen-Landwirtschaftsverbandes e.V. (WLV), der stellvertretenden Landrätin Anneliese Haselkamp, des Landtagsabgeordneten Wilhelm Korth und vieler weiterer Beteiligter hat die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Ursula Heinen-Esser heute Vormittag auf dem Hof Liefert in Havixbeck-Hohenholte die Schirmherrschaft für das Projekt „Blütenpracht am Wegesrand“ übernommen. Nach einigen Grußworten und einer Vorstellung des Projektes sowie einem kurzen persönlichen Austausch fuhr die Delegation ohne meine Beteiligung, in die Baumberge, um am Ausflugsziel „Longinusturm“ bereits blühende Flächen zu besichtigen. Der Vormittag bot einen gelungenen Rahmen, um das Initialprojekt weiter bekanntzumachen.

TOP 5

Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 1 GeschO

Es liegen keine schriftlichen Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs 1 GeschO vor.

TOP 6

Neu- und Umbesetzung des Wahlausschusses

Die Verwaltungsvorlage VO/049/2019 liegt vor.

Der Bürgermeister nimmt gem. § 40 Abs.2 Satz 5 GO NRW nicht an der Abstimmung teil.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung aufgrund der Anträge der CDU- und SPD Fraktion Herrn Thorsten Webering (CDU) und Herrn Fred Eilers (SPD) als Vertreter und Frau Mechthild Volpert-Bertling als Stellvertreterin für den Wahlausschuss zu benennen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 23

TOP 7

Umbesetzung der Ausschüsse des Rates der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage VO/073/2019 liegt vor.

Der Bürgermeister nimmt gem. § 40 Abs.2 Satz 5 GO NRW nicht an der Abstimmung teil.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion folgende Personen für die Umbesetzung der nachstehenden Ausschüsse zu benennen:

Ausschuss für Jugend, Soziales, Schule und Sport

Mitglied: André Middrup, (sachkundiger Bürger)

Stellvertretendes Mitglied: Andreas Kleefisch (sachkundiger Bürger)

Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung

Mitglied: Andreas Kleefisch (sachkundiger Bürger)

Stellvertretendes Mitglied: André Middrup (sachkundiger Bürger)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 23

TOP 8

Nachbesetzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Schule und Sport

Die Verwaltungsvorlage VO/071/2019 liegt vor.

Der Bürgermeister nimmt gem. § 40 Abs.2 Satz 5 GO NRW nicht an der Abstimmung teil.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung aufgrund des Antrages des Gemein- deSportBundes Havixbeck e.V. Herrn Jens Thewes als sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme für den Ausschuss für Jugend, Soziales, Schule und Sport zu benennen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 23

TOP 9

Benennung einer sachverständigen Bürgerin für Denkmalpflege gem. § 23 DSchG NW

Die Verwaltungsvorlage VO/066/2019 liegt vor.

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur am 17.06.2019, TOP 1.

Der Bürgermeister nimmt gem. § 40 Abs.2 Satz 5 GO NRW nicht an der Abstimmung teil.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung, Barbara Freifrau von Hövel zur sachverständigen Bürgerin für Denkmalpflege gem. § 23 DSchG NW und als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur mit beratender Stimme zu benennen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 23

TOP 10

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands

Die Verwaltungsvorlage VO/056/2019 liegt vor.

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Feuerwehr und Friedhof vom 12.06.2019, TOP 8.

Frau Böse schlägt in Abstimmung mit Herrn Wesselmann vor, die Formulierung der Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Feuerwehr und Friedhof zu straffen.

Frau Böse beginnt, den geänderten Beschlusstext zu verlesen. Herr Dr. Höfener erhebt Einspruch und verliest seinerseits eine Protokollerklärung (beide Texte als **Anlagen 2 bzw. 3** zum Protokoll im Ratsinformationssystem – nur online) eingestellt.

Herr Webering hält den Vorschlag für wenig nachvollziehbar, alle Parteien würden sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens bekennen. Die CDU habe konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, nach wie vor sollte der Vorschlag mit den Modifizierungen von Frau Böse zur Abstimmung gestellt werden.

Die FDP lehnt die Ausrufung eines Notstands ab. Es gäbe ein Klimaproblem, aber keinen Notstand.

Den Beschlusstext aus dem Ausschuss für Umwelt, Feuerwehr, Verkehr und Friedhof vom 12.06.2019 hält sie auch für zu umfangreich und daher verliest Herr Fohrmann nochmals den Vorschlag der FDP:

Die Anregung des Bürgers an den Rat der Gemeinde Havixbeck, die Unterstützung der vom 03.04.2019 vorgelegten Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands zu beschließen, wird zur Kenntnis genommen, bei zukünftigen Entscheidungen soll stärker auf den Klimaschutz geachtet werden.

Der Rat und die Verwaltung prüfen, ob und inwieweit die hier formulierten Denkansätze auf Havixbecker Verhältnisse übertragen werden können. Es sollen dann hierzu gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen ausgesprochen werden.

Frau Schäpers bemerkt, dass wir ja bereits einen autofreien Dorfkern haben, unter dem Ortsschild könne auch stehen, „Klimafreundliche Gemeinde“, der Klimaschutz solle weiter mit beachtet werden, aber aufgrund der kontroversen umfangreichen Diskussion würde sie ungern am heutigen Abend feste Vorstellungen, wie im Beschlusstext der CDU formuliert (und auch im leicht modifizierten Vorschlag von Frau Böse/der Verwaltung) verabschieden.

Der Bürgermeister verweist auf den wichtigen Halbsatz im ursprünglichen Beschlusstext der Verwaltungsvorlage „sobald die hierfür erforderliche Personalkapazität im Stellenplan bereitgestellt wird“.

Nun stünden der ursprüngliche Text der Verwaltungsvorlage, der Beschlusstext der CDU aus dem Umweltausschuss, die Variante von Frau Böse, die Protokollerklärung von Bündnis 90 /Die Grünen und der Vorschlag der FDP im Raum.

Frau Schäpers findet den Vorschlag der FDP brauchbar.

Sie weist auch darauf hin, dass ein Klimamanager angestellt werden müsse.

Herr Wesselmann erinnert daran, dass die Diskussion bereits im UA ausführlich geführt worden und abgestimmt worden ist und bittet nun um die Abstimmung.

Herr Eilers zitiert die Vorschläge aus dem Beschlusstext der CDU, die zum Teil (Veloroute in Münster, Landstraße ist nicht in unserem Zuständigkeitsbereich, ÖPNV müsse im Kreis geregelt werden) gar nicht von der Gemeinde entschieden werden können.

Er kritisiert die Haltung der CDU, die in ihrem Beschlusstext all diese klimarelevanten Vorschläge gemacht, aber dennoch die Verlängerung der Stelle des Klimaschutzmanagers oder beispielsweise die Windkraft blockiert habe. Man müsse langsam einmal überlegen, wie man vernünftig zusammenarbeiten könne.

Herr Webering antwortet, dass man z.B. schon gemeinsam die Veloroute beschlossen habe und stellt den Antrag auf Abstimmung wie im Umweltausschuss.

Herr Gromöller erinnert daran, dass es darum ginge, einen möglichst größten Nenner zu finden, am Beispiel der Anpassung des Kanalnetzes an Starkregenereignisse sei zu erkennen, dass manche konkrete Vorschläge schwierig umzusetzen seien und hohe Investitionen erfordern würden, daher schlägt er vor, sich jetzt einmal den Vorschlag von Frau Böse bis zum Ende anzuhören.

Frau Schäpers betont, dass der Rat nicht so weit sei, abzustimmen. Es sei angemessen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, man brauche außerdem einen Fachmann oder eine Fachfrau zum Thema Klimaschutz. Sie sieht sich außerstande heute Abend abzustimmen.

Herr Gromöller fragt, ob der Punkt demnach vertagt werden solle.

Herr Dr. Höfener betont, dass im ersten Schritt die Resolution sehr wohl unterstützt werden könne und im zweiten Schritt könne dann nach der Sommerpause weiter beraten werden.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass man sich dann interfraktionell in einem einmaligen Arbeitskreis treffen solle. Er fühle sich gerade außerstande, nur verwaltungsseitig etwas zu formulieren.

Herr Messing weist daraufhin, dass das Durchschnittsalter (siehe auch Artikel in der WN vom 04.07.2019) der in der Politik tätigen Bürger hoch sei. Es gäbe die Freitagsdemonstrationen und eine große Mehrheit der Schüler*innen der AFG habe sich für dieses Thema stark gemacht und würde entsprechend wählen. Das könne nicht ignoriert werden. Über die Begrifflichkeit des Klimanotstands könne man trefflich streiten, aber man sollte die Thematik nicht in den Herbst verschieben.

Herr Webering verweist erneut auf den konkreten Vorschlag der CDU, im Antrag seien die Auswirkungen konkret formuliert und damit solle nichts auf die lange Bank geschoben werden.

Der Bürgermeister fragt, ob demnach der Vorschlag aus dem UA abgestimmt werden solle.

Herr Dr. Höfener widerspricht.

Der Bürgermeister sagt, dass er nicht wahrgenommen habe, dass man sich auf einen neuen Text geeinigt habe, der Vorschlag von Frau Böse sei abgelehnt worden, daher solle nun die Abstimmung über die Beschlussempfehlung aus dem UA erfolgen, die er nochmals verliest:

Auf der Grundlage des Antrages der CDU-Fraktion (Anlage 2 zum Protokoll der Ausschusssitzung am 12.06.2019) empfahl der Ausschuss dem Rat folgende Beschlussfassung:

Die Anregung nach § 24 GO des Bürgers zur Feststellung des Klimanotstandes in der Gemeinde Havixbeck wird seitens des Gemeinderates zur Kenntnis genommen, da der Klimanotstand auch nach der Begründung des Petenten selbst lediglich eine Worthülse ist bzw. einen symbolischen Charakter hat. Der Gemeinderat erkennt ausdrücklich die Auswirkungen des Klimawandels und die Notwendigkeit zur Durchführung von den Klimawandel begleitenden Maßnahmen mit hoher Priorität an.

Damit es nicht bei einem symbolischen Charakter bleibt, sollen konkret folgende Maßnahmen, verbunden mit der Forderung, dass diese in den kommenden Sitzungsfolgen sukzessive abgearbeitet werden, dauerhaft im gemeindlichen Handeln Berücksichtigung finden:

- **Sofortige Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zum Ausbau der Veloroute nach Münster analog des CDU-Antrags aus dem Jahre 2016**
- **Einrichtung einer Mobilitätsstation am Bahnhof Havixbeck mit Fokus Richtung Ortsmitte verbunden mit freiem WLAN- Zugang**
- **Forcierung des Blühstreifenausbaus inkl. Einbindung der Kommunen des Kreises Coesfeld und der Stadtregion Münster – unter den Stichworten "Königinnenreiche Wiesen" sowie "Grün baut CO2 ab" - Havixbeck muss blühende Landschaft werden, denn von der Blütenpracht am Wegesrand profitieren insbesondere die Bienen und Insektenwelt, das Klima, die Artenvielfalt, das Auge des Betrachters, alle Havixbecker und Touristen und somit letztendlich auch die Wirtschaft.**
- **Als größte Pendlergemeinde im Kreis Coesfeld liegt es auf der Hand: Gelingt es uns einen größeren Teil der Pendler zum ÖPNV / Rad / Fahrgemeinschaften / Homeoffice hin zu bewegen erreichen wir auf schnellste Art und Weise**

die effektivste und höchste CO2 Einsparung. Dazu muss die Nutzung dieser zuvor genannten Mittel attraktiver werden. Das erreicht man

u.a. durch:

- **gute und schnelle Busverbindungen zu den typischen starken Arbeitsplatzzentren wie Münster Zentrum Nord, UKM**
- **gute, saubere und hellbeleuchtete Bushaltestellen mit 4fach so großer regensicherer u. windgeschützter Überdachung und mit mehr Sitzplätzen**
- **Künftige Baugebiete müssen im B-Plan enthalten:**
 - **an der Einfahrt oder Mitte eines jeden Baugebietes ein hell beleuchteter, mit Solar überdachter, gut beschilderter Fahrgemeinschaftstreffpunkt. Beispiel: Zentrum Nord Münster, UKM, Brillux...**
 - **kein Baugebiet mehr ohne Blühstreifen**
 - **kein Baugebiet mehr ohne solarüberdachtem Carsharingplatz**
 - **kein Baugebiet mehr ohne überdachte regen- und schneefreie Parkstation sowie Elektroladestationen für E- Lastenfahrräder**
- **Generelle Sparsamkeit bei und Sensibilisierung für Ressourcenverbräuche seitens der Gemeinde (Strom, Gas, Wasser)**
- **Anpassung des Kanalnetzes an Starkregenereignisse**
- **Ergreifung von notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen.**

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt; Ja-Stimmen: 10; Nein-Stimmen: 12; Enthaltungen: 2.

Daraufhin bittet er um den FDP Vorschlag.

Herr Fohrmann verliest nochmals:

Der Rat möge beschließen:

Die Anregung des Bürgers an den Rat der Gemeinde Havixbeck, die Unterstützung der vom 03.04.2019 vorgelegten Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands zu beschließen, wird zur Kenntnis genommen, bei zukünftigen Entscheidungen soll stärker auf den Klimaschutz geachtet werden.

Der Rat und die Verwaltung prüfen, ob und inwieweit die hier formulierten Denkansätze auf Havixbecker Verhältnisse übertragen werden können. Es sollen dann hierzu gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen ausgesprochen werden.

Daraufhin wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt; Ja-Stimmen: 2; Nein-Stimmen: 17; Enthaltungen: 5.

Der Bürgermeister bittet um einen weiteren Vorschlag.

Herr Dr. Höfener schlägt vor, 1. die Resolution zu beschließen und 2. einen Arbeitskreis Klimaschutz ins Leben zu rufen.

Frau Schäpers schlägt hierzu vor, den ersten Absatz aus dem Beschlusstext des UA zu verwenden und verliest aus dem Protokoll des UA vom 13.06.2019, Seite 6:

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Anregung nach § 24 GO des Bürgers zur Feststellung des Klimanotstandes in der Gemeinde Havixbeck wird seitens des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat erkennt ausdrücklich die Auswirkungen des Klimawandels und die Notwendigkeit zur Durchführung von den Klimawandel begleitenden Maßnahmen mit hoher Priorität an.

Man einigt sich darauf, zunächst über diesen Teil abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen; Ja-Stimmen: 24.

Im Weiteren soll nun über die Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises abgestimmt werden.

Herr Webering möchte für die Fraktion der CDU festhalten, dass eine Enthaltung in diesem Punkt verdeutlichen solle, dass von ihrer Seite bereits deutliche Vorschläge erarbeitet worden seien.

Damit es nicht bei einem symbolischen Charakter bleibt, sollen konkrete Maßnahmen in den kommenden Sitzungsfolgen durch einen interfraktionellen Arbeitskreis Klimaschutz erarbeitet werden, auf der Grundlage des gemeindlichen Klimaschutzkonzeptes und unter Einbeziehung von interessierten Bürger*innen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen; Ja-Stimmen: 14; Enthaltungen: 10.

TOP 11

Errichtung einer Stelle Klimaschutzmanager*in (0,5 VZÄ)

Die Verwaltungsvorlage VO/057/2019 liegt vor.

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Feuerwehr und Friedhof vom 12.06.2019, TOP 9.

Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 6.

Herr Dr. Höfener erklärt, dass man sich auf eine Stelle, die den Klimaschutz beinhalte, einigen könne, wünscht aber ein klares Votum mit der heutigen Ratssitzung und nicht erst im Rahmen der Haushalts- und Stellenberatung 2020.

Herr Webering möchte beim angestrebten Zeitplan bleiben und erst in der nächsten Sitzungsfolge darüber beraten.

Herr Krotoszynski verweist auf die beiden Beschlüsse im Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Feuerwehr und Friedhof und den Haupt- und Finanzausschuss und möchte über den dort gefassten Beschluss abstimmen.

Herr Gromöller sieht den Vorschlag von Herrn Dr. Höfener als konstruktiv an; wenn alles wie geplant verlief, können Haushaltsplan und Stellenplan 2020 in der Ratssitzung am 10.10. eingebracht und im Dezember beschlossen werden und im nächsten Jahr erst die Ausschreibung erfolgen. Alternativ könne der aktuelle Stellenplan heute durch einen Ratsbeschluss um diese Stelle erweitert werden. So könne ein Vierteljahr Zeit eingespart werden, Druck und Bedarf seien vorhanden. Herr Wilke bestätigt dies.

Nach weiterer kurzer Diskussion lässt der BM über den Beschlussvorschlagstext von Herrn Dr. Höfener abstimmen:

Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer Stelle im gemeindlichen Gebäudemangement mit einem Aufgabenschwerpunkt Klimaschutz. Die detaillierte Stellenbeschreibung wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Feuerwehr und Friedhof erarbeitet. Dazu möge der Stellenplan geändert werden.

Abstimmungsergebnis:
abgelehnt; Ja-Stimmen: 12; Nein-Stimmen: 12.

Daraufhin erfolgt die Abstimmung gemäß Beschlusstext aus dem Haupt- und Finanzausschuss:

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

- 1) Die Errichtung einer Stelle Klimaschutzmanager*in (0,5 VZÄ) wird mangels inzwischen nicht mehr gegebener Fördermöglichkeit abgelehnt. Stattdessen soll im Rahmen der Stellenplanberatung für das Haushaltsjahr 2020 eine Personalaufstockung des gemeindlichen Energie- und Gebäudemangements geprüft werden, um die Belange des Klimaschutzes in diesem Aufgabenbereich zu stärken.**
- 2) Es ergeht der Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, welche Personalbedarfe zur Erfüllung eines gemeindlichen Energie-, Gebäude-, Klimaschutz- und Fördermanagements erforderlich sind.**

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen, Ja: 13, Nein: 7, Enthaltung: 4

TOP 11.1 Änderung des Stellenplans 2019

Die Verwaltungsvorlage VO/074/2019 liegt vor.

Frau Böse erläutert kurz der anwesenden Öffentlichkeit den Sachverhalt. Herr Webering erklärt für seine Fraktion, dass der kw-Vermerk erhalten bleiben (und somit der Stellenplan nicht auf vier Stellen angehoben) werden solle. Der erste Teil des Beschlusstextes solle daher wegfallen, beim zweiten das Wort "Hausmeisterstelle" in "Schulhausmeisterstelle" geändert werden.

Die FDP unterstützt diesen Vorstoß. Über den kw-Vermerk könne man im nächsten Jahr sprechen.

Frau Schäpers hält es für eine gute Verfahrensweise, die Stelle sofort auszuschreiben, über den kw-Vermerk könne bei den Stellenplanberatungen diskutiert werden.

Daraufhin lässt der Bürgermeister abstimmen:

Der Rat der Gemeinde Havixbeck beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Schulhausmeisterstelle umgehend auszuschreiben und zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 12

Ergebnis der Auslegung des Planes zur 4. Änderung des Bebauungsplanes "Beekenkamp" der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage VO/051/2019 liegt vor.
Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung vom 13.06.2019, TOP 8.

Die städtebaulichen Verträge liegen unterschrieben von den Grundstückseigentümern vor.

Herr Albrecht fragt, ob zukünftige Änderungen in einem kleinen Gebiet Auswirkungen auf das ganze Gebiet haben und bittet um Aufnahme von Frage und Antwort in das Protokoll.

Antwort von Frau Böse:

Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Beekenkamp entfaltet ausschließlich Wirkungen für die im Plangebiet liegenden Grundstücke. Weitergehende Auswirkungen auf Grundstücke außerhalb des Plangebietes im Hinblick auf eine verpflichtende Nachverdichtung bestehen nicht.

Außerdem beantwortet Frau Böse noch eine Frage aus der Sitzung des Ausschusses für Bau- und Gemeindeentwicklung, nach der Höhe von vergleichbaren Gebäuden in der Nähe des Ortskerns:

Die jetzt geplanten Gebäude sind 12,50 m hoch; Josef-Heydt-Straße Richtung Westen links 12,47 m; Hauptstraße 32 12,44 m; Hauptstraße unten neben der ehemaligen Gaststätte Sterneck 11,73 m; Kleibrink alle 12,96 m und teilweise etwas darüber.

Die städtebaulichen Verträge seien auch bindend für Rechtsnachfolger. Die Schaffung von mietpreisgedämpftem Wohnraum ist darin für einen Teil der Bauten vereinbart.

Sodann verliest Frau Böse nochmals die Ergebnisse der Einzelbeschlüsse aus dem Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung der Ordnungsziffern O1, B1 und B2-B40. Die Ratsmitglieder sind damit einverstanden, dass über die jeweiligen Ordnungsziffern in cumulo abgestimmt wird:

Ordnungsnummer 1:

Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 02.05.2019 – siehe Anlage 1 zur VO/051/2019–

Hinweis des Aufgabenbereiches Altlasten/Bodenschutz zur Mitteilungspflicht bei Verdacht für das Vorliegen einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme des Fachbereiches Altlasten/Bodenschutz zur Kenntnis und beschließt, den nachstehenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen:

„Gemäß § 2 Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz für NRW (LBodSchG) sind der Grundstückseigentümer und der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück verpflichtet, Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderungen auf dem Grundstück unverzüglich der zuständigen Behörde mitzuteilen. Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderungen ergeben sich aus § 9 Abs. 1 Satz 1 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) i.V.m. § 3 Abs. 1 und 2 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV).

Soweit sich bei den Bauarbeiten Auffälligkeiten nach Farbe, Geruch usw. im Boden zeigen, die auf eine Veränderung des Bodens mit umweltgefährdenden Stoffen hindeuten, ist die Untere Bodenschutzbehörde unverzüglich durch den Bauherrn zu benachrichtigen.“

Hinweis des Aufgabenbereiches Grundwasser zur Wasserversorgung und zur Nutzung von Erdwärme:

Der Gemeinderat nimmt die Hinweise des Aufgabenbereiches Grundwasser zur Kenntnis und stellt fest, dass diese nicht Gegenstand der Bauleitplanung sind. Sie werden aber selbstverständlich bei der Plandurchführung beachtet.

Anregung der Bauaufsicht zur Aufnahme einer Festsetzung zur Regelung der Stellung von Nebenanlagen

Der Gemeinderat nimmt die Anregung der Bauaufsicht zur Kenntnis, folgt ihr aber nicht. Eine Änderung des Bebauungsplanentwurfes erfolgt nicht.

Stellungnahme der Brandschutzdienststelle zur Löschwasserversorgung

Der Gemeinderat nimmt die Hinweise der Brandschutzdienststelle zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung zur Kenntnis und stellt fest, dass diese nicht Gegenstand der Bauleitplanung sind. Sie werden bei der Ausführungsplanung beachtet.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig; Ja-Stimmen: 24

Ordnungsnummer B 1:

Stellungnahme der Rechtsanwälte HüttenbrinkPartner vom 13.05.2019 von der beabsichtigten Planung Abstand zu nehmen

Ziff. 2.1

Rüge, dass die Aufstellung des Bebauungsplanes nicht ordnungsgemäß beschlossen wurde.

Der Gemeinderat nimmt die Rüge zur Kenntnis und beschließt, ihr nicht zu folgen.

Ziff. 2.2

Rüge, dass die Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung fehlerhaft gewesen sei. Es hätte die Adresse des Rathauses als Ort der Einsichtnahme mit Postanschrift genannt werden müssen. Es sei nicht darauf hingewiesen worden, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar seien.

Der Gemeinderat nimmt die Rüge zur Kenntnis und beschließt, ihr nicht zu folgen.

Zu Ziff. 2.3

Rüge, es fehle die Planrechtfertigung für die 4. Änderung des Bebauungsplanes „Beekenkamp“. Es handele sich um eine „Briefmarkenplanung“, mit der für ein bestimmtes Grundstück eine Bebauung ermöglicht werden solle, die maßgeblich im Interesse eines privaten Investors erfolge und mit der Umgebungsbebauung innerhalb des Bebauungsplanes „Beekenkamp“ nicht kompatibel sei. Es treffe nicht zu, dass der Änderungsbereich von ein- bis zweigeschossiger Wohnbebauung umgeben sei. Prägend für die Umgebungsbebauung sei eine eingeschossige Bauweise.

Der Gemeinderat nimmt die Rüge zur Kenntnis und beschließt, ihr nicht zu folgen.

Zu Ziff.2.4

Rüge, dass die Planung die nachbarlichen Interessen nicht in einer abwägungsfehlerfreien Weise berücksichtige. Die durch die derzeitigen Festsetzungen des Bebauungsplans „Beekenkamp“ in besonderer Weise geschützten Interessen und der dadurch sich ergebende Gebietsgewährleistungs-/erhaltungsanspruch werde ohne sachlich nachvollziehbaren Grund und damit abwägungsfehlerhaft zu Gunsten privater Investitions- und Renditeabsichten aufgegeben. Die projektierte Verdichtung berücksichtige nur unzureichend, dass den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Beekenkamp“ zum Maß der baulichen Nutzung nachbarschützender Charakter zukomme.

Der Gemeinderat nimmt die Rüge zur Kenntnis und beschließt, ihr nicht zu folgen.

Zu Ziff. 2.5

Rüge, dass es an der Verträglichkeit der Nachverdichtung mit der Wohnnachbarschaft fehle. Dies gelte mit Blick auf die damit einhergehende zusätzliche Immissionsbelastung. Angesichts der seit Jahren aufgegebenen gewerblichen Nutzung gebe es keine Vorprägung durch Verkehrslärm mehr in dem zu betrachtenden Planbereich. Die Ausweisung von Stellplatzflächen in Straßennähe widerspreche dem insoweit nachbarschützenden bisherigen Planungsrecht. Eine zwingende Festsetzung, den ruhenden Verkehr in Tiefgaragen unterzubringen, sei nicht zu erkennen.

Der Gemeinderat nimmt die Rüge zur Kenntnis und beschließt, ihr nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen; Ja-Stimmen: 21; Enthaltungen: 3.

Ordnungsnummern B 2 – B 40:

Mit gleichlautendem Schreiben sind insgesamt 40 Stellungnahmen aus der Nachbarschaft fristgerecht eingegangen. Es besteht die Befürchtung, dass es durch die geplante

Änderung zu einer massiven Veränderung der Lebensverhältnisse im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld kommen wird. Die Einwender bezweifeln, dass die Absicht, bezahlbaren Wohnraum für Familien in einem gesunden Umfeld zu schaffen, mit der Planung erreicht werden kann. Sie befürchten weiter, dass aus der jetzt beabsichtigten Änderung Rechtsansprüche von Grundstückseigentümern in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft abgeleitet werden. Sie schließen sich ausdrücklich der Stellungnahme des Einwenders zu B 1 an und beantragen, von der Änderung abzusehen.

Zu der Stellungnahme des Einwenders zu B 1 verweise ich auf die vorstehenden Erläuterungen und Beschlussempfehlungen.

Der Gemeinderat nimmt die Einwendungen der Bürger B 2 – B 40 zur Kenntnis. Dabei schließt er ausdrücklich die vorliegende Stellungnahme zu B 1 und die hierzu ergangenen Einzelbeschlüsse mit ein. Er beschließt, diesen Einwendungen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen; Ja-Stimmen: 20; Enthaltungen: 4.

Daraufhin erfolgt die Gesamtabstimmung:

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anregungen der Träger öffentlicher Belange und der betroffenen Öffentlichkeit zur Kenntnis und fasst nach Beratung unter Berücksichtigung der zu den nachstehend vorgebrachten Anregungen vorliegenden Abwägungsvorschläge die entsprechenden Einzelbeschlüsse.

Unter Berücksichtigung dieser Abwägungsergebnisse beschließt der Gemeinderat die 4. Änderung des Bebauungsplanes „Beekenkamp“ mit Begründung als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen, Ja: 20, Enthaltung: 4

TOP 13

Ergebnis der Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Kleibrink/Gennericher Weg"

Die Verwaltungsvorlage VO/054/2019 liegt vor.

Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung vom 13.06.2019, TOP 9.

Frau Böse berichtet, dass es über die Ordnungsziffern B1, B2, B3, B4 und C1 einstimmige Empfehlungen im Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung gegeben habe.

Herr Eilers erinnert daran, dass die Anregungen des Gestaltungsbeirats mit in den Beschlusstext aufgenommen werden sollten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass diese Dinge nicht öffentlich seien. Frau Böse schlägt daher vor, dass der Plan nochmal in die Öffentlichkeitsbeteiligung gehe. In der Zwischenzeit besteht die Möglichkeit, die Empfehlungen aus dem Gestaltungsbeirat einzubeziehen.

Herr Gromöller ergänzt, dass der Vorhabenträger nochmals darauf hingewiesen werde.

Daraufhin wird über die Ordnungsziffern B1, B2, B3, B4 und C1 ebenfalls nach Rückfrage durch den Bürgermeister an die Ratsmitglieder und nicht erfolgter Einwände in cumulo abgestimmt.

Ordnungsziffer B1 (Stellungnahme vom 15.04.2019):

Es wird beschlossen in dem Bereich, der direkt an das Grundstück An der Feuerwache 3a angrenzt, folgende Änderungen vorzunehmen:

- Reduzierung der Anzahl der Vollgeschosse von III auf II
- Absenkung der maximalen Firsthöhe von 108,5 auf 106,5 m NHN
- Anpassung der maximalen Traufhöhe von 102,0 auf 101,2 m NHN

Änderung des Dachneigungsbereiches von 38° bis 45° auf 38° bis 40°

Ordnungsziffer B2 (Stellungnahme vom 03.05.2019):

Es wird beschlossen in dem Bereich, der direkt an das Grundstück An der Feuerwache 3a angrenzt, folgende Änderungen vorzunehmen:

- Absenkung der maximalen Firsthöhe von 108,5 auf 106,5 m NHN
- Anpassung der maximalen Traufhöhe von 102,0 auf 101,2 m NHN
- Änderung des Dachneigungsbereiches von 38° bis 45° auf 38° bis 40°

Ordnungsziffer B3 (Stellungnahme vom 01.05.2019):

Es wird beschlossen in dem Bereich, der direkt an das Grundstück An der Feuerwache 3a angrenzt, folgende Änderungen vorzunehmen:

- Reduzierung der Anzahl der Vollgeschosse von III auf II
- Absenkung der maximalen Firsthöhe von 108,5 auf 106,5 m NHN
- Anpassung der maximalen Traufhöhe von 102,0 auf 101,2 m NHN
- Reduzierung der maximalen Wandhöhe direkt an der Kreuzung von 95,0 auf 93,6 m NHN

Änderung des Dachneigungsbereiches von 38° bis 45° auf 38° bis 40°

Ordnungsziffer B4 (Stellungnahme vom 15.05.2019):

Es wird beschlossen in dem Bereich, der direkt an das Grundstück An der Feuerwache 3a angrenzt, folgende Änderungen vorzunehmen:

- Reduzierung der Anzahl der Vollgeschosse von III auf II
- Absenkung der maximalen Firsthöhe von 108,5 auf 106,5 m NHN
- Anpassung der maximalen Traufhöhe von 102,0 auf 101,2 m NHN
- Reduzierung der maximalen Wandhöhe direkt an der Kreuzung von 95,0 auf 93,6 m NHN
- Änderung des Dachneigungsbereiches von 38° bis 45° auf 38° bis 40°

Die Anlage einer zweiten Tiefgaragenzufahrt am Kleibrink wird abgelehnt.

Ordnungsziffer C1 (Stellungnahme vom 14.05.2019):

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen; Ja-Stimmen: 24.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Beschlusstext.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anregungen der Träger öffentlicher Belange sowie der BürgerInnen zur Kenntnis und beschließt nach Beratung, unter Berücksichtigung der zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken getroffenen Einzelbeschlüsse den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Kleibrink/Gennericher Weg“ mit Begründung und Umweltbericht gem. der §§ 3 Abs. 2 und 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB erneut offen zu legen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 14

3. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Hohenholter Straße III"

Die Verwaltungsvorlage VO/050/2019 liegt vor.
Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung vom 13.06.2019, TOP 10.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung die Aufstellung eines Planes zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Hohenholter Straße III“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB, und zwar Aufhebung der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belasteten Fläche in einem Teilbereich des Bebauungsplanes, welcher in dem der Verwaltungsvorlage Nr. 050/2019 als Anlage 1 beigelegten Plan umgrenzt ist.

Darüber hinaus beschließt der Gemeinderat die im Aufstellungsbeschluss beschriebene 3. Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Hohenholter Straße III“ mit Begründung als Satzung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 23, Nein: 1

TOP 15

8. Änderung des Bebauungsplanes "Flothfeld VII" der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage VO/053/2019 liegt vor.
Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung vom 13.06.2019, TOP 11.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung die Aufstellung eines Planes zur 8. Änderung des Bebauungsplanes „Flothfeld VII“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB. Der zu ändernde Bereich ist in dem der Verwaltungsvorlage Nr. 053/2019 als Anlage 1 beigefügten Planausschnitt umrandet dargestellt.

Darüber hinaus beschließt der Gemeinderat die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Flothfeld VII“ gem. § 13 BauGB, und zwar in der Form, wie sie in dem der Verwaltungsvorlage 053/2019 als Anlage 2 dargestellt ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 16

6. Änderung des Bebauungsplanes "Gennerich II" der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage VO/055/2019 liegt vor.

Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung vom 13.06.2019, TOP 12.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung die Aufstellung eines Planes zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gennerich II“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB, und zwar im Verfahren gem. § 13 BauGB.

Der zu ändernde Bereich ist in dem der Verwaltungsvorlage 055/2019 als Anlage 1 beigefügten Planausschnitt umrandet dargestellt.

Darüber hinaus beschließt der Gemeinderat den als Anlage 2 der Verwaltungsvorlage 055/2019 beigefügten Änderungsplan zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Gennerich II“ für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen, um der betroffenen Öffentlichkeit und den berührten Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 17

Aufstellungsbeschlüsse für den Bebauungsplan "Gewerbegebiet Südlich Schützenstraße" sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren und Beschluss über die vorgezogene Bürger und Behördenbeteiligung

Die Verwaltungsvorlage VO/065/2019 liegt vor.

Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung vom 13.06.2019, TOP 14.

Abstimmungsergebnis:

Von der Tagesordnung abgesetzt

TOP 17.1

Aussprache gemäß SPD-Antrag - Wohnungsbedarf im Münsterland; Pestel-Studie

Herr Messing trägt das Schreiben der SPD vor (als **Anlage 4** zum Protokoll ins Ratsinformationssystem – nur online – eingestellt).

Er fragt, ob die Pestel-Studie nur im Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung präsentiert werden oder ob sie auch der Öffentlichkeit präsentiert werden solle. Dies solle seiner Meinung zügig geschehen.

Herr Gromöller schlägt vor, die Studie als Anlage zum Protokoll ins Ratsinformationssystem einzustellen. Die Studien (Gesamtstudie des Kreises Coesfeld als auch für Havixbeck sind im Ratsinformationssystem als **Anlagen 5 & 6** – nur online - eingestellt).

Die Präsentation gehöre in den Ausschuss für Bau- und Gemeindeentwicklung und könne dort im Rahmen des öffentlichen Teils der Sitzung vorgestellt werden.

Frau Schäpers schlägt vor, mit der Vorstellung der Studie vor einer Sitzung bereits um 18 Uhr zu beginnen. Dies wird verabredet. Es sollen Vertreter in einen der nächsten Bauausschüsse eingeladen werden, sowohl der Firma Pestel als auch der Wohnbau Westmünsterland.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen; Ja-Stimmen: 24.

TOP 18

Änderung des Brandschutzbedarfsplanes der Gemeinde Havixbeck

Die Verwaltungsvorlage VO/061/2019 liegt vor.

Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 5.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung, den am 7.12.2017 beschlossenen Brandschutzbedarfsplan (BSP) für die Gemeinde Havixbeck unter der Ziff. 8.2.2. „Fahrzeugkonzept Hohenholte“ in der Form zu ändern, dass statt des geplanten MLF (mittleres Löschfahrzeug) ein HLF 10 (Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug) beschafft werden soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 19

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.02.2019 zur Vermeidung der Verwendung von Plastikprodukten (plastikarmes Havixbeck)

Die Verwaltungsvorlage VO/062/2019 liegt vor.

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Feuerwehr und Friedhof vom 12.06.2019, TOP 10.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung,

- bei der Entscheidung über die Beschaffung von Konsum- und Investitionsgütern plastikfreie Alternativen zu prüfen und sofern funktional und finanziell vertretbar zu bevorzugen. Sofern die Beschaffungsentscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, soll in der Verwaltungsvorlage hierzu eine Information erfolgen,
- Strategien zur Bewusstseinsbildung mit den anderen Akteuren (z. B. Marketing-Verein, Schulen, Privathaushalte, Gewerbebetriebe) zur Abfall- und Plastikvermeidung durch die Verwaltung entwickeln zu lassen und zu gegebener Zeit durch Ratsbeschlüsse zu stützen
- und die politischen Bestrebungen auf EU-, Landes- und Bundesebene zur Vermeidung von Plastikmüll zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 20

Mittelfreigabe für ein Konzept zur Weihnachtsbeleuchtung des Ortskerns

Die Verwaltungsvorlage VO/067/2019 liegt vor.
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur vom 17.06.2019, TOP 9.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung, die für die Haushaltsjahre 2019, 2020 und 2021 veranschlagten Mittel für die Umsetzung eines Konzeptes zur Weihnachtsbeleuchtung im Ortskern freizugeben. Der Marketing-Verein möge mit der weiteren Planung der Umsetzung fortfahren und zu gegebener Zeit im zuständigen Ausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 21

Neuregelung der Zuschüsse für Vereine, Verbände und sonstige Organisationen

Die Verwaltungsvorlage VO/059/2019 liegt vor.
Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 10.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss gemäß Haupt- und Finanzausschuss:

Der Rat der Gemeinde Havixbeck beschließt die Neuregelung der Zuschüsse für Vereine, Verbände und sonstige Organisationen ab dem Haushaltsjahr 2020 auf

der Grundlage der Richtlinien zur Verteilung der Zuschüsse für Vereine, Verbände und sonstige Organisationen gemäß Anlage 1 zur VO/059/2019.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 22

Sicherung des dauerhaften Fortbestandes des Marketing-Vereins e.V. Havixbeck durch Gewährung eines jährlichen Gemeindegzuschusses

Die Verwaltungsvorlage VO/068/2019 liegt vor.
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur vom 17.06.2019, TOP 10.
Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 9.

Herr Fohrmann meldet sich zu Wort und verliest den Beschlussvorschlag der FDP:

Der Rat beschließt, dem Marketing Verein e.V. finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 64.310 € jährlich, (dieser Betrag beinhaltet den bereits langjährig gewährten Personalkostenzuschuss im Bereich des Tourismus in Höhe von 24.310 €) ab dem Jahr 2020 bis zum Jahr 2022, also mit einer Befristung für 3 Jahre bereitzustellen. Der Marketing e.V. wird weiterhin jährlich einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Vereines sowie über die Verwendung der dem Verein zur Verfügung stehenden Gesamtmittel dem Rat vorlegen. Die Zuschüsse werden im Rahmen der Mittelverfügbarkeit der Gemeinde Havixbeck zukünftig bereitgestellt.

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90 /Die Grünen unterstützen den Vorschlag, es sei noch „Luft nach oben“ in der Arbeit des Marketingvereins.
Die Fraktion der CDU bleibt weiterhin bei dem Wunsch nach Entfristung und der Argumentation aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur und dem Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Gromöller bittet um Konkretisierung der Aussage, es sei noch „Luft nach oben“, denn nur konkrete Aussagen wären hilfreich.
Es werden die bisher bereits ausgetauschten Argumente erneut wiederholt.
Frau Schäpers stellt schließlich einen Antrag auf Abstimmung über den Antrag der FDP.
Herr Fohrmann verliest nochmals den o.g. Text nochmals.

Herr Gromöller weist darauf hin, dass die Aussage „bis zu 64.310 € jährlich“ keine feste Zuschusssumme darstelle. Man einigt sich auf „in Höhe von 64.310 €“.
Des Weiteren merkt er an, dass in der Rechtsform des Vereins im Marketingverein bereits ein Kassenbericht sowie dessen Prüfung verankert seien.

Herr Webering erinnert daran, dass die CDU-Fraktion von einer Entfristung ausgeht und daher könne man dem Textvorschlag der FDP nicht zustimmen und bittet nun um Abstimmung des ursprünglichen Vorschlags.
Herr Gromöller erläutert, dass nun über den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur abgestimmt werde, da es im HFA keine Beschlussempfehlung gegeben habe.

Dann wird über den Beschlusstext aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Denkmal und Kultur etc. abgestimmt:

Der Gemeinderat stellt fest, dass der Fortbestand des Marketing e.V. nach erfolgreich durchgeführtem Verschmelzungsprozess mit Verkehrsverein und Werbegemeinschaft nachhaltig und dauerhaft gesichert werden soll. Hierzu wird die bis Ende 2019 festgelegte Befristung der finanziellen Bezuschussung in Höhe von bis zu 40.000 € jährlich aufgehoben. Die Zuschüsse werden im Rahmen der Mittelverfügbarkeit der Gemeinde Havixbeck zukünftig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
abgelehnt, Ja-Stimmen: 11; Nein-Stimmen: 13.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der FDP abgestimmt:

Der Rat beschließt, dem Marketing Verein e.V. finanzielle Mittel in Höhe von 64.310 € jährlich, (dieser Betrag beinhaltet den bereits langjährig gewährten Personalkostenzuschuss im Bereich des Tourismus in Höhe von 24.310 €) ab dem Jahr 2020 bis zum Jahr 2022, also mit einer Befristung für 3 Jahre bereitzustellen. Der Marketing e.V. wird weiterhin jährlich einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Vereines sowie über die Verwendung der dem Verein zur Verfügung stehenden Gesamtmittel dem Rat vorlegen. Die Zuschüsse werden im Rahmen der Mittelverfügbarkeit der Gemeinde Havixbeck zukünftig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen, Ja: 13, Nein: 11

TOP 23

Schaffung einer Stelle für einen Bundesfreiwilligen (Bufdi) an der Anne-Frank-Gesamtschule

Die Verwaltungsvorlage VO/069/2019 liegt vor.
Ausschuss für Jugend, Soziales, Schule und Sport vom 18.06.2019, TOP 8.
Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 7.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss gemäß Ausschuss für Jugend, Soziales, Schule und Sport:

Der Gemeinderat begrüßt die Bereitschaft der Anne-Frank-Gesamtschule, einen Bundesfreiwilligen an der Schule zu beschäftigen. Zur Unterstützung dieses Angebotes erklärt sich die Gemeinde Havixbeck bereit, bei Bedarf ab sofort die Funktion der Abrechnungsstelle zu übernehmen und die nicht durch Bundesmittel abgedeckten Mittel bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 24

Freigabe eines Planungsbudgets für die Entwicklung des Baumberger Sandsteinmuseums

Die Verwaltungsvorlage VO/072/2019 liegt vor.
Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 8.1.

Der Tagesordnungspunkt wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt.
Herr Gromöller berichtet, wie bereits im Arbeitskreis Sandsteinmuseum mitgeteilt, dass die Büros AKT und Scholz nicht mehr für weitere Planungen zur Verfügung stehen.
Frau Böse nennt die weiteren Optionen, die im Arbeitskreis verabredet und nun ggfs. befragt werden. Das Büro Impuls Design hat bereits die Bereitschaft erklärt, weiter planerisch die Neukonzeptionierung der Dauerausstellung zu begleiten.

Intensiv wird der Planungsstand, Fragen zum Lärmgutachten und zur Arbeit des Arbeitskreises diskutiert. Klar sei, dass es sich um eine deutlich kleinere und somit deutlich günstigere Lösung handele, als bisher.

Es wird deutlich, dass Arbeitskreis und Verwaltung, um handlungsfähig zu werden, die bisherigen Ergebnisse und Absprachen, die mit breitem Konsens getroffen wurden, nun von Fachleuten prüfen lassen müssen. Um im engen Zeitrahmen voran zu kommen und zeitnah Förderung akquirieren zu können, müsse man nun eine fachliche Beratung hinzunehmen.

Es sei auch eine Öffentlichkeitsveranstaltung im Frühherbst angedacht, in deren Folge der Rat am 10.11.2019 die weitere Planung beschließen und somit bis zum Jahresende der Förderantrag gestellt werden könne. Bis dahin müssten nun Impuls Design und ein Architekt tätig werden.

Es wird über die Höhe des Betrages diskutiert. Schließlich einigt man sich auf die Freigabe eines Betrages „von bis zu 20.000 €“.

Darüber wird abgestimmt:

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Beratung, den Sperrvermerk bei der Investitions-Nr. MUS-003 (Erweiterung Museum) für einen Teilbetrag in Höhe von bis zu 20.000 € aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen, Ja: 19, Nein: 2, Enthaltung: 3

TOP 25

Erteilung einer Beschlussvollmacht für den Haupt- und Finanzausschuss in einer Sondersitzung am 04.09.2019 zur Vergabe von Planungsleistungen zur Erweiterung der Anne Frank Gesamtschule

Die Verwaltungsvorlage VO/058/2019 liegt vor.
Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 12.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Havixbeck erhält Beschlussvollmacht für die Vergabe von Planungsleistungen zur Erweiterung der Anne-Frank-Gesamtschule. Die Vergabe soll in einer Sondersitzung am 04.09. 2019 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen, Ja: 24

TOP 26

Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Dialogforum - Rat trifft Verwaltung

Die Verwaltungsvorlage VO/060/2019 liegt vor.
Haupt- und Finanzausschuss vom 26.06.2019, TOP 11.

(Herr Wardenga verlässt den Sitzungssaal.)

Herr Webering (CDU) wiederholt seinen bereits im Haupt- und Finanzausschuss thematisierten Antrag (vgl. HFA 003/2019, TOP 11) und verliest diesen:

„Der Rat der Gemeinde Havixbeck beschließt, dass die Verwaltung ein Dialogforum - Rat trifft Mitarbeiter der Verwaltung ohne Beteiligung der Verwaltungsspitze (Bürgermeister sowie Fachbereichsleiter) mit Ausnahme des Personalchefs (Fachbereichsleiter Fachbereich I) - im Herbst 2019 vorbereitet, um vertiefte Einblicke in die Arbeitszusammenhänge der Verwaltung zu bekommen und einen Erfahrungsaustausch zu befördern.“

Herr Dr. Höfener (Bündnis 90 /Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung für das mit der Verwaltungsvorlage zum Ausdruck gebrachte Entgegenkommen. Man wünsche einen direkten und strukturierten Austausch und hänge nicht an der Methode des World-Cafés. Der eigene Vorschlag habe allerdings einen deutlich anderen Charakter als der frühere Vorschlag des Bürgermeisters hinsichtlich einer Strategietagung.

Herr Eilers (SPD) äußert die Auffassung, dass der Vorschlag der CDU dazu führe, dass ein Keil zwischen Mitarbeiter*innen und Führungskräfte getrieben werde. Ein Gemeinderat dürfe aber nicht „dazwischen hauen“. Es sollte ein Dialog mit Rat und Verwaltung stattfinden. Man könne sich höchstens fragen, ob der gewünschte Austausch ein Jahr vor der Kommunalwahl sinnvoll sei.

Herr Gromöller empfindet den Vorschlag der CDU als Affront, erklärt sich nicht damit einverstanden und behält sich auch vor, seine rechtlichen Möglichkeiten gegen einen eventuellen Beschluss des o.g. Textes zu prüfen.

Frau Schäpers (SPD) ist ebenfalls der Auffassung, dass im Falle eines Treffens von Rat und Verwaltung nicht ein Teil ausgeschlossen werden sollte. Sie habe diese Entwicklung befürchtet und daher bereits in der Sitzung des HFA deutlich gemacht, dass sie eher einen zwanglosen „gemütlichen“ Austausch favorisieren würde.

Herr Dr. Höfener äußert, dass es nicht um das Hineintreiben von Keilen ginge, dass aber der Bürgermeister naturgemäß immer einen hohen Redeanteil habe und man einmal darüber hinaus sehen wolle, was die Mitarbeiterschaft z.B. zu Themen wie Homeoffice etc. sage.

Herr Gromöller weist darauf hin, dass es um strategische Entscheidungen ginge, die von der Verwaltungsspitze zu planen und zu initiieren seien und die von Mitarbeitern schwer erfragt werden könnten. Es gäbe auch eine Diensthierarchie und von daher stelle es einen Affront dar, wenn die Verwaltungsspitze ausgeladen wird. Außerdem möchte sicher nicht jeder Mitarbeiter auf diese Weise in das politische Geschehen gezogen werden.

Daraufhin erfolgt die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlusstext:

Der Rat der Gemeinde Havixbeck beschließt, dass die Verwaltung ein Dialogforum - Rat trifft Verwaltung - im Herbst 2019 vorbereitet, um vertiefte Einblicke in die Arbeitszusammenhänge der Verwaltung zu bekommen und einen Erfahrungsaustausch zu befördern.

Abstimmungsergebnis (ohne RM Wardenga):
abgelehnt; Ja-Stimmen: 4; Nein-Stimmen: 13; Enthaltungen: 6

Dann erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion, wie von Herrn Webering zu Beginn verlesen (Herr Wardenga ist zu dieser Abstimmung wieder anwesend):

Nach Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Havixbeck beschließt, dass die Verwaltung ein Dialogforum - Rat trifft Mitarbeiter der Verwaltung ohne Beteiligung der Verwaltungsspitze (Bürgermeister sowie Fachbereichsleiter) mit Ausnahme des Personalchefs (Fachbereichsleiter Fachbereich I) - im Herbst 2019 vorbereitet, um vertiefte Einblicke in die Arbeitszusammenhänge der Verwaltung zu bekommen und einen Erfahrungsaustausch zu befördern.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen, Ja: 14, Nein: 6, Enthaltung: 4

Nach erfolgter Abstimmung kündigt Herr Gromöller an, dass er den Beschluss wie bereits beschrieben prüfen werde.

TOP 27

Anfragen der Ratsmitglieder gem. § 17 Abs. 2 GeschO

TOP 27.1

Herr Dr. Höfener - Müllbehälter bei Edeka

Warum wurden bei den Märkten (Edeka + K+K) die Müllbehälter abgebaut. Bürger/-innen wissen nicht mehr, wo sie den Müll entsorgen soll, den sie dort sehr oft aus den Beeten ziehen.

Antwort der Verwaltung:

Die Angelegenheit wird mit den Marktbetreibern besprochen; danach erfolgt Bericht im Rat.

TOP 27.2
Frau Schäpers - Verkehrssituation

Am "Pättchen" beim Von-Galen-Kindergarten, in Richtung Reiwick-Stiege, laufen die Kinder u.U. direkt auf die Straße. Die ansässige Tierärztin hat seit einiger Zeit deutlich mehr PKW-Aufkommen. Kann man die Situation prüfen lassen und die weggenommene Wechselsperre wieder installieren?

Antwort der Verwaltung:

Die Situation wird vom Fachbereich II geprüft.

TOP 27.3
Herr Spüntrup - LOV Förderrichtlinien

Kennen Sie das Förderprogramm zum Breitbandausbau der Gewerbegebiete und sind Sie schon tätig geworden?

Antwort der Verwaltung:

Das Programm ist Fachbereich III bekannt, Detailfragen werden im Rahmen eines Gesprächs mit der TÜV Rheinland Consulting GmbH im Zusammenhang mit den Beratungsleistungen zum Breitbandausbau gestellt werden.

TOP 27.4
Herr Hense - Ratsbürgerentscheid

Besteht ein Verstoß nach § 26 Abs. 2 GO darin, wenn innerhalb von 2 Jahren erneut Maßnahmen beschlossen werden, die im Zusammenhang mit dem Ratsbürgerentscheid zum Sandsteinmuseum stehen?

Antwort der Verwaltung:

Die Planungen für das REGIONALE-Projekt sind aufgrund eines Ratsbeschlusses aufgegeben worden. Die Planung von Alternativen zum REGIONALE-Projekt steht nicht im Widerspruch zu den maßgeblichen Regelungen der GO.

TOP 27.5
Herr Hense - Digitalisierung der Verwaltung

Die Gemeinde Senden erhält derzeit im Rahmen eines Projektes durch Studenten und Dozenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) Unterstützung bei der Erarbeitung von Kriterien für ein Bürgerdienstleistungsportal. Ist es im Rahmen der Bürgermeisterrunde möglich, dass die Ergebnisse der FH auch anderen Gemeinden zur Verfügung zu stellen?

Antwort der Verwaltung:

Dies wird in der Gemeinde Senden erfragt.

TOP 27.6
Herr Wesselmann - Ortsumgehung Münster

Ist die Gemeinde bei den Planungen zu der beabsichtigten Ortsumgehung in Münster-Roxel beteiligt worden?

Antwort der Verwaltung:

Die Gemeinde ist im Rahmen der Abstimmungserfordernisse im Rahmen der Bauleitplanung beteiligt worden.

TOP 27.7
Frau Volpert-Berling - Pflegezustand des Friedhofs

Bereits im Februar wurde der Pflegezustand des Friedhofs von mir angesprochen. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich dieser gebessert hat. Vor allem im alten Teil des Friedhofs hat es sich nicht gebessert. Kann man die Firma Daldrup nochmal ansprechen?

Antwort der Verwaltung:

Wir werden die Firma nochmals kontaktieren.

TOP 27.8
Herr Albrecht - Endabnahme Glasfaser

Gibt es schon Gebiete, die eine Endabnahme Glasfaser haben?

Antwort der Verwaltung:

Ja, die gibt es schon.

TOP 27.9
Herr Krotoszynski - Gewährleistung Glasfaser

Wie lange dauert die Gewährleistung im Bereich Glasfaser?

Antwort der Verwaltung:

Die Gewährleistung dauert 5 Jahre nach BGB.

Unterschriften:

gez. Monika Böse
Allgemeine Vertreterin des Bürgermeisters

gez. Iris Schmidt
Protokollführerin

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Havixbeck, 17.07.2019

Iris Schmidt
Gemeindeangestellte